

Januar 2011

- **Thema des Monats:**
Aufschwung saniert deutsche Staatsfinanzen
Ausgaben steigen 2010 stärker als Einnahmen
Schuldenbremse zwingt Bund und Länder zum Sparen
Haushaltsslage entspannt sich 2011 spürbar
Staatsschulden auf EWU-Ebene ein viel größeres Problem

Research Team

Dr. Marco Bargel

Chefvolkswirt
marco.bargel@postbank.de

Heinrich Bayer

heinrich.bayer@postbank.de

Elke Brogsitter

elke.brogsitter@postbank.de

Matthias Göthel

matthias.goethel@postbank.de

Thilo Heidrich

thilo.heidrich@postbank.de

Viola Honerkamp

viola.honerkamp@postbank.de

Fabienne Riefer

fabienne.riefer@postbank.de

Heinz-Gerd Sonnenschein

heinz-gerd.sonnenschein@postbank.de

www.postbank.de/research

Redaktionsschluss: 20.12.2010

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Friedrich-Ebert-Allee 114-126
53113 Bonn
Telefon: (0228)920-0

Disclaimer:

Alle hier veröffentlichten Angaben erfolgen unverbindlich und stellen Informationsmaterial dar, also weder eine Anlageberatung noch eine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf irgendeines Wertpapiers. Die Informationen in diesem Dokument wurden aus Daten erarbeitet, von deren Richtigkeit ausgegangen wurde; Postbank Research garantiert diese jedoch nicht. Die Angaben dienen ausschließlich zur Information, die dem Investor eine selbständige Anlageentscheidung erleichtern soll.

Aufschwung saniert deutsche Staatsfinanzen

Die Wirtschafts- und Finanzkrise traf im zu Ende gehenden Jahr vor allem die Staatshaushalte mit voller Wucht. Die prominentesten Beispiele waren dabei zweifelsfrei Griechenland und Irland. Der griechische Staat musste bereits im Mai externe Hilfe in Anspruch nehmen, nachdem starke Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Staates die Risikoaufschläge für Staatsanleihen hatten explodieren lassen. Irland hatte zwar noch keine akuten Refinanzierungsprobleme. Die aus dem Ruder laufenden Aufwendungen zur Stabilisierung des irischen Bankensystems trieben aber auch die Spreads für irische Staatsanleihen stark in die Höhe und den Staat damit gegen Ende des Jahres in die Arme der European Financial Stability Facility (EFSF). Doch auch viele andere Länder werden im Jahr 2010 in großem Ausmaß neue Schulden angehäuft haben. Das Maastricht-Defizitkriterium, welches pro Jahr eine maximal zulässige Neuverschuldung von 3% des BIP erlaubt, wird in der Eurozone wohl nur Luxemburg erreichen. In Deutschland dürfte die Neuverschuldung 2010 bei 3,7% des BIP liegen. Im Vergleich mit anderen Euro-Ländern steht Deutschland damit zwar vergleichsweise gut da. Doch war auch hierzulande eine Zunahme der Verschuldungsdynamik zu beobachten.

Ausgaben steigen 2010 stärker als Einnahmen

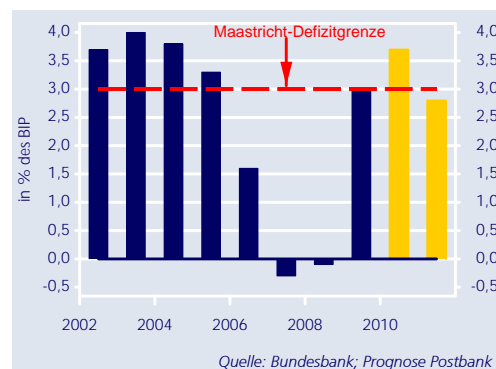
Der Grund für die beschleunigte Ausweitung des Staatsdefizits in Deutschland liegt an den im Verhältnis zu den Einnahmen wohl stärker steigenden Ausgaben. Insbesondere im Bereich der Sozialleistungen, die den größten Anteil an den Ausgaben ausmachen, ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Hier schlägt sich vor allem der Bundeszuschuss für den Gesundheitsfonds nieder, der mit 15,7 Mrd. Euro angesetzt ist und damit 8,5 Mrd. Euro über dem Zuschuss aus dem Vorjahr liegt.

Zudem hat die Bundesagentur für Arbeit Mittel des Bundes abgerufen, um die Kosten der Arbeitsförderung zu decken. Damit werden die Staatsausgaben im Jahr 2010 wahrscheinlich um etwa 2% steigen. Im Vorjahr fiel der Anstieg der Ausgaben noch mehr als doppelt so stark aus.

Auf der Einnahmeseite überraschen im zu Ende gehenden Jahr wohl die Steuereinnahmen positiv. Während zu Beginn des Jahres noch mit einem deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr gerechnet worden war, verbesserten sich die Steuereinnahmen mit der kräftigen Konjunkturbelebung im Jahresverlauf. Hiervon profitierte insbesondere die Umsatzsteuer, die den größten Posten bei den Steuereinnahmen darstellt. Dagegen werden die Lohnsteuereinnahmen, die vom Umfang her an zweiter Stelle stehen, 2010 wahrscheinlich deutlich rückläufig sein. In der Summe werden die Steuereinnahmen in etwa so hoch ausfallen wie im Jahr zuvor.

Dennoch werden die Staatseinnahmen im Jahr 2010 wohl gegenüber dem Vorjahr steigen. Dies liegt an den Sozialbeiträgen, die vor allem vom Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten profitierten. Deren Zahl stieg von Januar bis Oktober um 484.000, was dem Staat höhere Einnahmen durch Sozialbeiträge bescheren wird.

Die Defizitgrenze von 3% wird Deutschland 2011 wieder einhalten



Schuldenbremse zwingt Bund und Länder zum Sparen

Trotz der überraschend positiven Entwicklung der Einnahmen wird die Neuverschuldung des Bundes so hoch ausfallen wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Bis zum Ende dieses Jahres wird der Bund etwa 50 Mrd. Euro an neuen Krediten aufgenommen haben. Für 2011 rechnet die Bundesregierung mit einer ähnlich hohen Neuverschuldung, doch neue Rekorde sollen nicht mehr folgen. Denn ab 2011 wirkt die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse. Sie sieht vor, dass die strukturelle (= ohne Konjunkturfälle) Neuverschuldung des Bundes ab dem Jahr 2016 maximal 0,35% des BIP betragen darf. Beginnend mit dem nächsten Jahr wird die Verschuldungsobergrenze sukzessive verringert, bis 2016 das Ziel von 0,35% erreicht ist. Der Spielraum für neue Schulden verringert sich damit kontinuierlich.

Die Schuldenbremse gilt auch für die Bundesländer. Im Vergleich zu den Regelungen für den Bund gibt es hier jedoch zwei Unterschiede. Zum einen wird den Ländern eine längere Übergangsfrist gewährt. Für sie treten die neuen Schuldenregeln erst 2020 in Kraft. Zum anderen dürfen sich die Länder nicht pro Jahr mit bis zu 0,35% des BIP neu verschulden, sondern müssen zumindest strukturell ausgeglichene Haushalte vorweisen.

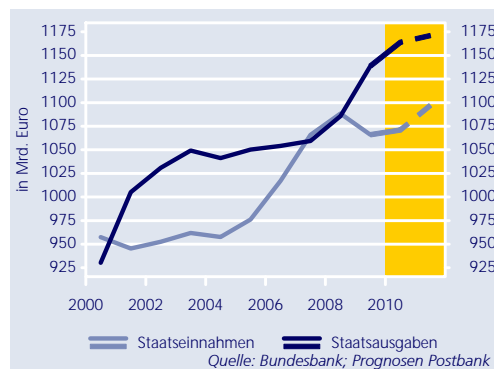
Wie bereits erwähnt, bezieht sich die Schuldenbremse bei Bund und Ländern auf die strukturelle Neuverschuldung. Abhängig von der konjunkturellen Entwicklung kann die effektive Verschuldung davon abweichen. So dürfen in einem Konjunkturabschwung (mehr) Schulden aufgenommen werden, um beispielsweise die Sozialleistungen in vollem Umfang aufrecht zu erhalten. Umgekehrt müssen Bund und Länder in einem Konjunkturaufschwung Haushaltsüberschüsse erzielen, um die im Abschwung aufgenommenen Kredite zu tilgen. Auf lange Sicht sind die Haushalte somit ausgeglichen. Kurzfristig können Bund und Ländern jedoch auf Konjunkturschwankungen reagieren.

Haushaltssituation entspannt sich 2011 spürbar

Um die Schuldenbremse einzuhalten, hat die Bundesregierung in diesem Jahr ein Sparpaket verabschiedet. Anders als es der Name andeutet, besteht es jedoch zum großen Teil aus höheren Einnahmen. So müssen ab 2011 die Betreiber von Kernkraftwerken als Ausgleich für den verschobenen Ausstieg aus der Kernenergie pro Jahr 2,3 Mrd. Euro entrichten. Auf Fluggesellschaften kommt im neuen Jahr die Luftverkehrsabgabe zu, von der sich der Bund Einnahmen in Höhe von 1 Mrd. Euro verspricht, und ab 2012 soll sich der Bankensektor an den Kosten der Finanzkrise beteiligen. Tatsächlich gespart wird bei Sozialleistungen und in der Verwaltung. Hier rechnet der Staat mit Minderungen von über 5 Mrd. Euro.

Neben der durch die Schuldenbremse „erzwungenen“ Haushaltsverbesserung sprechen weitere Faktoren für eine Einengung des Staatsdefizits im kommenden Jahr. So werden die Staatseinnahmen durch höhere Sozialversicherungsbeiträge steigen. Denn der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung, der im Rahmen des Konjunkturpakets II zwischenzeitlich auf 14,9% gesenkt wurde, wird zum 1.1.2011 wieder auf 15,5% angehoben. Parallel dazu erhöht sich der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung. Er steigt von derzeit 2,8% auf 3,0%. Durch die Beitragserhöhungen dürften über 7 Mrd. Euro mehr in die Staatskassen fließen als in diesem Jahr.

Die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen schließt sich wieder



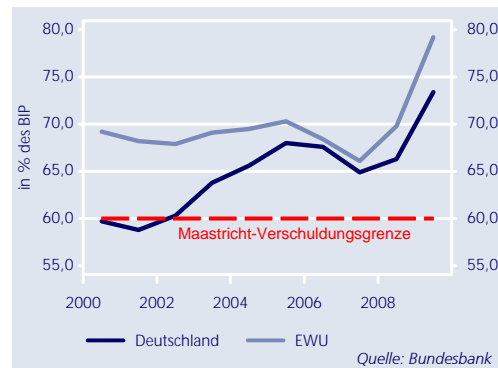
Vor allem aber dürfte die weiter voranschreitende Konjunkturerholung dafür sorgen, dass sich die Haushaltslage in Deutschland im Jahr 2011 signifikant verbessert. Insbesondere die Steuereinnahmen werden weiter vom anhaltenden Aufschwung profitieren. Dies gilt sowohl für den Unternehmenssektor als auch für die privaten Haushalte. Bei den Unternehmen zeichnen sich mit Blick auf die gut gefüllten Auftragsbücher höhere Einnahmen über gewinnabhängige Unternehmenssteuern ab. Bei den privaten Haushalten erwarten wir eine kräftige Ausweitung der Konsumausgaben, die zu einem entsprechenden Anstieg der Umsatzsteuererlöse führen dürfte. Außerdem zeichnen sich in einigen Branchen deutliche Lohn- und Gehaltserhöhungen ab. Diese führen zu höheren Einnahmen durch Sozialbeiträge, sowie aufgrund der kalten Progression zu einem überproportionalen Anstieg des Lohnsteueraufkommens. Insgesamt dürften sich die Staatseinnahmen im nächsten Jahr in etwa wieder auf dem Niveau des Jahres 2007 bewegen, womit der krisenbedingte Einnahmeeinbruch wettgemacht wäre.

In der Summe rechnen wir dank einer deutlichen Verbesserung der Einnahmesituation mit einer spürbaren Reduktion des Haushaltsdefizits. Zwar werden die Ausgaben weiter steigen, doch der Anstieg dürfte weiter deutlich an Dynamik verlieren, so dass sich der Fehlbetrag im Haushalt verringern wird. Für 2011 rechnen wir mit einem Staatsdefizit von 2,8% und damit der Einhaltung der Maastricht-Grenze.

Staatsschulden auf EWU-Ebene ein viel größeres Problem

Weitaus schlechter als hierzulande stellt sich die Haushaltslage im Euroraum insgesamt dar. Im Jahr 2010 dürfte das Defizit in der EWU insgesamt mehr als 6% des BIP betragen. Auch 2011 wird das Maastricht-Kriterium wohl deutlich überschritten. Wir erwarten, dass der Fehlbetrag dann 4,8% des BIP ausmachen wird. Denn nicht nur in den Peripherieländern, sondern in nahezu allen Euro-Staaten bleibt die Verschuldungsdynamik im Vergleich zu Deutschland hoch. So dürften 2011 neben Deutschland lediglich Finnland und Luxemburg eine Neuverschuldung unterhalb von 3% aufweisen. Alle übrigen Euro-Staaten werden wohl mehr oder weniger deutlich über der Maastricht-Grenze liegen, wobei Irland mit einem zweistelligen Defizit an der Spitze liegen dürfte.

Die Schuldenquoten sind infolge der Krise drastisch gestiegen



Der Grund für die im Vergleich zu Deutschland hohe Schuldendynamik in den meisten anderen EWU-Staaten liegt zum einen daran, dass andere Länder nicht in gleichem Maße vom Aufschwung profitieren. Dadurch entwickeln sich deren Einnahmen schlechter als hierzulande. Zum anderen ist die Arbeitslosigkeit in anderen Ländern infolge der Krise zum Teil sehr stark angestiegen. So lag die Arbeitslosenquote im EWU-Durchschnitt Anfang 2008 bei 7,2%. Weniger als drei Jahre später beträgt sie über 10%. Der kräftige Anstieg der Arbeitslosigkeit führte zu einer deutlichen Ausweitung der Staatsausgaben. Da sich das Absinken der Arbeitslosigkeit wohl über viele Jahre hinziehen wird, werden auch die damit verbundenen Ausgaben sowie Mindereinnahmen zunächst auf hohen Niveaus bleiben.

Die Rekorddefizite haben bereits zu einem kräftigen Anstieg der Verschuldungsquoten geführt. Der Maastricht-Vertrag sieht eine maximale Verschuldung von 60% des BIP vor, doch dieser Wert wird von vielen Euro-Staaten heute bereits deutlich übertroffen. Im EWU-Durchschnitt lag die Verschuldungsquote 2009 bei 79,2%. Ende dieses Jahres werden die Staatsschulden im Euroraum über 82% des BIP ausmachen, Tendenz steigend. In den kommenden Jahren wird das Eindämmen bzw. die Reduktion der Verschuldung daher eines der zentralen Themen europäischer Wirtschaftspolitik bleiben. Denn die Gefahr einer Überschuldung muss verhindert werden, um weiter handlungsfähig zu bleiben. Deutschland ist auf einem guten Weg, seine Verschuldung zu stabilisieren und kann mit einer soliden Haushaltspolitik auch bei der Eindämmung der Schuldendynamik auf europäischer Ebene einen wichtigen Beitrag leisten.

Thilo Heidrich

Prognosen Postbank

	2010e	2011e
BIP-Wachstum (% gg. Vj.)		
Deutschland	3,6	2,0
EWU	1,7	1,6
Privater Verbrauch (% gg. Vj.)		
Deutschland	0,6	2,0
EWU	0,8	1,4
Arbeitslosenquote (in %)		
Deutschland	7,7	7,2
EWU	10,0	9,8
Staatl. Finanzierungssaldo*		
Deutschland	-3,7	-2,8
EWU	-6,1	-4,8
Schuldenstand*		
Deutschland	73,9	74,1
EWU	82,3	84,2
* in % des BIP		